

Haushaltsrede FDP 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Gemeinderatskollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

"Haushalte werden in guten Jahren ruiniert"

Der wirtschaftliche Aufschwung hält in Deutschland nunmehr schon zwei Jahre an; die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte hat sich auf Grund höherer Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Kommunen deutlich entspannt. Dies trifft auch auf den Haushalt der Stadt Ravensburg zu, der 2012 ohne Neuverschuldung finanziert werden soll.

Dennoch gibt es bei unserem derart hohen Schuldenstand, keinen Grund zur Entwarnung. Ich möchte daran erinnern, daß unser Haushalt 2011 vom Regierungspräsidium zunächst noch zurückgewiesen wurde.

Weiterhin: Glaubt man den Wirtschaftsweisen und den Wirtschaftsforschungsinstituten steht uns 2012 eine Rezession bevor.

Ich möchte deshalb an eine ganz einfache und biedere, sehr schwäbische Regel erinnern.

Sie lautet:

Niemand, weder Staaten, noch Bundesländer, noch Kommunen, noch Private können auf Dauer mehr ausgeben als Sie einnehmen.

Soweit ich sehe, anerkennt auch der Oberbürgermeister der Stadt erstmals, worauf wir ebenso wie die Fraktionen der SPD und der FWV anlässlich der Haushaltsberatung 2011 und danach immer wieder hingewiesen haben:

Zitat:

„Ravensburg leidet an einem strukturellen Defizit. Die laufenden Einnahmen reichen nicht aus, um alle Ausgaben unserer Stadt zu decken“

(Vorbericht zum Haushaltsplan 2012 Seite 5.Absatz 2)

Handelte es sich bei der Stadt um ein Unternehmen, spräche man von einer wirtschaftlichen Krise des Unternehmens.

Darunter wird jede Situation verstanden, in der die Kosten des Unternehmens nachhaltig größer sind als seine Leistungen. Sofern es sich nicht um eine voraussichtlich vorübergehende Krise handelt, steht das Management im Falle eines Unternehmens vor der Entscheidung, ob es entweder wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Unternehmenskrise ergreift, oder das Unternehmen liquidiert.

Im Falle der demokratisch verfassten Kommune, die unabdingbare Aufgaben der Daseinsfürsorge, der Bereitstellung von Infrastruktur, der Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und vieles mehr zu gewährleisten hat, kommen als Maßnahmen nur die Erhöhung der Einnahmen oder Reduzierung der Kosten oder ein Mix aus Beidem in Betracht.

Was die Erhöhung der Einnahmen angeht, so haben Verwaltung und Gemeinderat im vergangenen Haushaltsjahr Anstrengungen zu einer Konsolidierung des Haushalts unternommen. Dabei stand vor allem die Erhöhung der Einnahmen im Focus. Gemeindesteuern wurden ebenso, wie Gebühren erhöht. Eine Zweitwohnungssteuer wurde gegen unsere Stimmen eingeführt. Der damit verbundene bürokratische Aufwand und der Eingriff in die Freiheitsrechte, wurde damit begründet, daß die Stadt- im übrigen dann zu Lasten der anderen Kommunen im Land-höhere Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalte. Mit einem merkwürdigen Sprachverständnis wurden diese Beschlüsse als „Sparen“ bezeichnet.

All dies hätte jedoch nicht ausgereicht im Jahr 2012 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wenn für dieses Haushaltsjahr nicht wegen außergewöhnlich hoher Gewerbesteuerprognosen, höherer Anteile an der Einkommenssteuer und Mehrwertsteuer und höherer Zuweisungen vom Land, die wiederum durch eine Steuererhöhung, refinanziert wird, wesentliche höhere Einnahmen verbucht werden könnten. Insbesondere die Gewerbesteuer ist außerordentlich volatil.

Die außergewöhnliche Einnahmesituation, wie Sie für 2012 prognostiziert werden kann, ändert also nichts an dem Eingang beschriebenem Grundsatz und an der Tatsache eines strukturellen Defizits. Die Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt ist nicht beständig und ausreichend hoch.

Ich zitiere abermals aus der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2015, diesmal Seite 11:

„Investitionsraten sind Ergebnis einer nachhaltig gesicherten Haushalts- und Finanzlage. Von beständig angemessenen Zuführungsraten. Mindestens 8 Mio. p.a.- hiervon sind wir weit entfernt!“

Meine Fraktion ist anlässlich der letzten Haushaltsdebatten heftigst gescholten worden, weil sie es wagte, konkrete Einsparungsvorschläge zu machen... Wir wurden der „abenteuerlichen Verantwortungslosigkeit und sinnlosem Politik-Aktionismus bezichtigt.

Aber was, frage ich, ist demgegenüber davon zu halten, wenn Fraktionen immer weitere Subventionsgräber aufmachen und mehrheitlich durchsetzen, wie ein Existenzgründungszentrum, welches aus Verlegenheit in einem maroden Gebäude für viel Geld und unabsehbaren hohen Folgekosten ohne Not und ohne Mehrwert für die Gemeinschaft oder der Wirtschaft, von der Mehrheit im Gemeinderat unter anderem gegen unsere Stimmen beschlossen worden ist. Der Schaden, der durch den Ankauf eines mangelbehafteten Gebäudes, bei der Stadt entstanden ist, wird wenigstens gemindert dadurch, daß nunmehr von diesem unsinnigen Groschengrab Abstand genommen werden muß ! Oder den unsinnigen Beschluß, im Bereich der Großen Wiese, anstatt dieser, einen Plastik Hartplatz für Kleinkinder zu errichten. Zum Glück hat die Realität auch diese Verschwendung ohne Mehrwert verhindert.

Es bleibt zu hoffen, daß sich in diesem Gremium-auch angesichts der Schuldenkrise in Europa-endlich eine Mehrheit findet, die mit Mut und Weitblick, nicht nur debattiert, was Grundaufgaben wären und wie die Freiwilligkeitsleistungen zu priorisieren sind, sondern auch entsprechend handelt und abstimmt.

Wir haben die Haushaltsreden des vergangenen Jahres unter dem Aspekt angeschaut, auf welchem Politikfeld Aufgabenkritik mit dem Ziel, das strukturelle Defizit zunächst einzudämmen und mittelfristig zu beseitigen, Mehrheiten gefunden werden könnten:

Bei den Grünen haben wir zu diesem Thema leider keine Aussagen gefunden. Bei der CDU sind wir immerhin in einem Punkt fündig geworden: Es wurde angeregt, das Bürger-Büro und das Agenda-Büro zu überprüfen und zur „aktiven Bürgergesellschaft zurückzukehren. Der gleichzeitig gestellte Antrag, die Verwaltung möge prüfen, inwieweit diese kostspieligen Verwaltungstätigkeiten durch ehrenamtliches Engagement ersetzt werden kann, wurde allerdings nicht weiterverfolgt. Wir schließen uns unsererseits diesem Antrag an und bitten die CDU-Fraktion, ihren Antrag in Ihrer Haushaltsrede des letzten Jahres gemeinsam mit uns zu erneuern. Allerdings sollte er ergänzt werden um die Fragestellung, ob wir mittelfristig Stellen im Aufgabenbereich „Städtepartnerschaften“ einsparen können. Sollten sich die Fraktionen der SPD und der FWV dieser konkreten Aufgabenkritik anschließen können, hätten wir bereits eine Mehrheit erreicht und einen kleinen Schritt in Richtung Eindämmung der Personalkosten getan. Denn wir können auf diesem Gebiet Einsparungen nur erreichen, wenn wir im Sinne von Kollege Fricker, Aufgaben streichen oder zumindest, im Sinne von Kollege Walser, Standards einschränken. Dies ist durchaus möglich, ohne daß deswegen das bürgerliche oder soziale Leben in unserer Stadt zusammenbricht.

Auch wenn wir abermals anderen Fraktionen die Gelegenheit geben, auf uns, als diejenigen einzuschlagen, die, wie es seinerzeit Ludwig Erhard vergebens immer wieder gemacht hat, auf Mäßigung zu drängen, wiederhole ich:

Das Gemeindeleben in Schmalegg wäre nicht zusammengebrochen, wenn der Gemeinderat auf die Erweiterung der Ringgenburghalle, die jetzt zudem €50.000,00 mehr kostet, als geplant, verzichtet hätte. Herr Schuler hat unseren seinerzeitigen Antrag, den Umbau der Ringgenburghalle noch einmal zurückzustellen und zunächst den Belegungsplan und das Raumkonzept (gemeint war das Raumkonzept aller Hallen in Ravensburg) zu überprüfen als skandalös bezeichnet. Ich bezeichne es als skandalös, daß den nachwachsenden Generationen jede Gestaltungsmöglichkeit durch maßlose Schulden – und Ausgabenpolitik der jetzigen Generation geraubt wird. Obwohl die Bevölkerung schrumpft und immer weniger jungen arbeitsfähigen Menschen immer mehr ältere Menschen gegenüberstehen werden,

werden bei den laufenden Ausgaben und den konsumnahen Investitionen keine Abstriche gemacht.

Doch lassen Sie mich weiter auf der Suche nach Mehrheiten gehen und aus der Haushaltsrede von August Schuler im Vorjahr erneut zitieren. Dort heißt es, die CDU habe sich bei den Einnahmeverbesserungen wesentlich leichter getan, als bei den Ausgabenreduzierungen. Wenn dem so ist, sollten wir uns gemeinsam dieser Aufgabe stellen und unsere Bürger mitnehmen.

Zwei Themenbereiche sind noch anzusprechen, bevor ich zur Prioritätenliste komme:

Es spricht vieles für die Auffassung, daß ein energieeffizientes Verwaltungsgebäude zu Einsparpotenzialen führt, so daß die Investition gewinnbringend ist und sich amortisiert. Wir haben schon im Wahlkampf den Bau eines zentralen Verwaltungsgebäudes aus Effizienzgründen gefordert. Ob allerdings der bisher in Aussicht genommene Standort der Richtige ist, sollte nochmals überprüft werden, vielleicht wäre ein Standort im Bereich der Bahnstadt in Nachbarschaft zu dem dort schon vorhandenem Parkhaus, doch der Bessere.

Weiterhin verlangen wir vor der Entscheidung zum Für und Wider eines neuen Bürgerrathauses, eindeutige Zahlen die Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und Kosteneinsparungen bei der Bewirtschaftung, sowie eine nachhaltige Reduzierung der Verbrauchskosten belegen.

Des weiteren geben wir zu bedenken, daß Aufwendungen in Bildung doch für uns alle, oberste Priorität haben sollten. Solche Aufwendungen sind auch diejenigen, die in Schulgebäude fließen. Wenn also allein für die Schulgebäude des AEG/Spohn und Welfengymnasium 15 Mio Euro aufgewendet werden müssen, von den anderen Schulgebäuden ganz zu schweigen, das hätte ca. 60 Millionen Euro stellt sich doch die Frage, ob wir noch weitere Mittel überhaupt zur Verfügung haben.

Im Vorbericht werden auf Seite 5 die steigenden Sozialausgaben als Ursache dafür angegeben, daß die Ausgaben mit den Einnahmen der Stadt nicht Schritt halten, insbesondere die Ausgaben für die

Kinderbetreuung in Kinderhort und Kindergarten. Wir bekennen uns ausdrücklich zu diesen Ausgaben.

Die individuelle und gezielte Förderung der Kinder schon im Vorschulalter, im Kinderhort, sowie im Kindergarten und mehr Lehrer in kleineren Klassen, ist der Schlüssel für eine bessere Bildung und Integration unserer Kinder. Wir sind deshalb nicht zu haben, für Investitionen in Schulgebäude zur Durchsetzung der Gemeinschaftsschule, deren Wert ich insgesamt anzweifele, wenn diese zu Lasten, der für die vorhandenen Schulen oder Kindergärten und dem Ausbau und Erhalt der Krippen zur Verfügung stehenden Mittel gehen.

Ein kurzes Wort noch zur Haushalts- und Finanzplanung 2012 bis 2015:

Für uns steht im Rahmen der Haushaltsplanung 2012 bis 2015 im Vordergrund die Sanierung der Gymnasien und der weiteren Schulen, sowie die Schaffung weiterer Kinderhortplätze.

Dagegen sollten wir die Sanierung des Escher-Stegs ebenso von der Vorhabenliste streichen, wie die Sanierung des Gebäudes in der Schubertstraße. Das Letztere muß verkauft werden, notfalls als Grundstück nach vorherigem Teilabriß. Der Wiederaufbau des Escherstegs ist angesichts der anstehenden sonstigen Aufgaben nicht finanzierbar. Aufwand und Ertrag sind nicht vermittelbar.

Eine Sanierung des Wohnungsbestandes wird nur erfolgen können im Rahmen eines Wirtschaftlichkeitskonzepts und muß sich grundsätzlich selber tragen.

Ein Sporthallenkonzept kann nur im Gesamtkontext unserer Hallen weiter untersucht werden und verdient nicht die Prioritätsstufe 2.

Für die Sanierung und Erhaltung unserer Türme empfiehlt sich die Gründung einer Stiftung, getragen von den Bürgern unserer Stadt. Ich rufe die Bürger unserer Stadt auf, eine solche Türme-Stiftung ins Leben zu rufen.

Ich bin der Letzte in der langen Rednerliste. Ihre Aufnahmefähigkeit ist erschöpft. Ich möchte deshalb an dieser Stelle schließen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.